

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

(5. - nicht öffentliche - Sitzung am 30. August 2018)

Beratungsthema:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2016

Antrag des Finanzministeriums - [Drs. 18/90](#)

dazu: **Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2018 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2016**
- [Drs. 18/1000](#)

Der Unterausschuss behandelte folgende Punkte des Jahresberichtes:

Abschnitt V. Denkschrift

1. Durchsetzung der Ausreisepflicht mit verbesserter Fachaufsicht steigern
2. Kosten der Rückführung - fehlende Transparenz, unzureichende Geltendmachung
3. Logistik Zentrum Niedersachsen - Günstige Preise, schlanke Prozesse?
4. Zukunftsfähigkeit der IT-Strukturen
5. Unzulängliche Ermittlung des IT-Bedarfs der Landesverwaltung
6. Unzulässige Nutzung des Kontenclearings als Finanzmittelquelle
7. Fehlende Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei Organisationsentscheidungen
8. Vom Tanker zum Schnellboot - Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen
9. Steuerung von Landesbetrieben
10. Personalmanagementverfahren - Personaleinsparungen nur hypothetisch
11. Dauernde Verluste bei Ferienimmobilien - Einkünfte oder Liebhaberei?
12. Umsatzsteuer-Sonderprüfung: Hohe statistische Mehrergebnisse - aber die Kasse klingelt nicht
13. Verschollene Unterlagen - Vorsteuern in Millionenhöhe zu Unrecht ausgezahlt?
14. Mängel bei der Besteuerung von Kleinunternehmern
16. Misslungene Budgetierung der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
17. Überhöhte Ausgaben für Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
18. Unzeitgemäße Förderung der niedrigschwelligen Betreuungsangebote
24. Sprachförderung im Elementarbereich - Konzentration auf das Wesentliche
(*abgesetzt*)
29. Flurbereinigung - Rückgang der Verfahren ohne Konsequenzen
30. Wisentgehege der Landesforsten in Springe - „wisentlich zoo teuer“?
31. Förderung des ökologischen Landbaus nicht ordnungsgemäß?

- 32. Medizinische Versorgung im Justizvollzug - Bewegung täte gut
- 33. Patient Justizvollzugskrankenhaus - der Weg aus der Krankheit
- 34. Frühes Ruhestandseintrittsalter für Justizvollzugskräfte kostet Millionen

Die Beschlussfassung zu Abschnitt V. Nrn. 18 und 24 vertagte der Unterausschuss auf die 7. Sitzung am 27. September 2018.